



Projekten von vorneherein auszuschliessen. Aber natürlich analysieren wir problematische Submissionen und überlegen uns, was wir künftig besser machen können.

Verstehen Sie den Unmut von regionalen Unternehmen, wenn ausländische Unternehmen wegen des Preiskriteriums zum Zug kommen, dann die Qualität der Arbeit aber nicht stimmt?

Natürlich, es ist aber eine Problemstellung mit vielen Facetten. Wir machen immer wieder die interessante Erfahrung, dass regionale Firmen gerne eine möglichst hohe Gewichtung des Preises haben – ausser dann, wenn sich eine ausländische Firma mitbewirbt. Ich möchte aber betonen, dass nur ein sehr kleiner Teil der Aufträge ins Ausland geht, nämlich gerade 1,08 Prozent im 2017.

Grossrat Stephan Mumenthaler fordert, dass die Papierflut im Beschaffungswesen reduziert werden soll. Welche Massnahmen sind geplant?

Es ist so, dass der administrative Aufwand im Beschaffungswesen zunimmt. Auch wir als Fachstelle müssen immer mehr begründen und rechtfertigen. Das darf nicht überborden. Wir nehmen die Forderung des Vorstosses gerne auf. Wir möchten die Frage aber breiter angehen und über alle Dienststellen der Verwaltung analysieren: Welche Dokumente werden von wem für was eingefordert? Hier gibt es noch viel Potenzial zur Harmonisierung. Die KFöB ist schon relativ weit; wir fordern nur zwei Bestätigungen standardmässig ein.

«Natürlich analysieren wir problematische Submissionen und überlegen uns, was wir künftig besser machen können.»»

Was ist der Zeithorizont bei der Umsetzung?

Zum Beispiel, ob Ausschreibungsunterlagen aufgesplittet werden können in einen allgemeinen, je nach Auftrag variablen Info-Teil, und in einen auftragsspezifischen Teil für die eigentliche Offerte. Somit bräuchten Unternehmen bei Offertstellung nicht immer sämtliche Unterlagen zurückzusenden. Bei anderen Massnahmen wie der elektronischen Offerteingabe müssen wir warten, bis die Revision der Interkantonalen Vereinbarung über öffentliche Beschaffungen (IVöB) abgeschlossen ist und wir wissen, wie es mit der Erneuerung der nationalen elektronischen Beschaffungsplattform Simap weitergeht.

«Spitzhacke»

KOLUMNE

Wenn das Tiefbauamt auf Dich aufpasst

«Vorsicht Verletzungsgefahr». Mit dieser Warnung werden neuerdings Besucherinnen und Besucher an der Basler «Riviera» begrüsst – oder abgeschreckt. Die insgesamt acht Warnschilder sind eine Eigenkreation des Tiefbauamts Basel-Stadt und sie warnen alle, die sich im Uferbereich aufhalten, vor Scherben und Nägeln. OK. Kann man machen, wenn einem langweilig ist, muss man aber nicht, wie sämtliche anderen Schweizer Städte zeigen. Verletzte sind auch dem Tiefbauamt Basel-Stadt soweit keine bekannt. Die Massnahme sei rein präventiv, vorausschauend. Denn (Achtung!): «Es ist nicht ausgeschlossen, dass sich Personen verletzen, wenn sie nicht aufpassen.»

Das ist doch mal eine Begründung. Was als nächstes kommt, ja, kommen muss, schliesslich geht es um den Schutz der Bevölkerung, ist klar:

- Vor jede Bar gehört ein Schild «Achtung Kopfwehgefahr». Denn es ist nicht ausgeschlossen, dass Personen zu viel trinken, wenn sie nicht aufpassen.
- Vor jede Kita gehört das Schild «Vorsicht Ansteckungsgefahr». Denn es ist nicht ausgeschlossen, dass der Nachwuchs Läuse, Grippeviren, Mund-Hand-Fuss-Krankheit und was auch immer kriegt.
- Überhaupt gehört eigentlich überall auf die Allmend das besagte Schild «Vorsicht Verletzungsgefahr». Denn es ist nicht ausgeschlossen, dass man mit dem Kopf in ein Warnschild des Tiefbauamts kracht, wenn man nicht aufpasst.